

<b>Stellungnahme</b>	Datum: 02.10.2012
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in:
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Rechtsamt	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	
<b>Vorsitzende der Fraktion der SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09</b>	
<b>Fünfte Änderung der Hauptsatzung der Hansestadt Rostock</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
10.10.2012	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Kenntnisnahme

**Sachverhalt:**

Der Antrag zielt darauf ab, einen Personalausschuss zu bilden.  
Rechtsgrundlage für den Antrag stellt § 36 Abs. 1 KV M-V dar. Danach kann die Bürgerschaft zur Vorbereitung ihrer Entscheidungen ständige Ausschüsse bilden. Bildung und Aufgabengebiet sollen nach § 36 Abs. 1 Satz 3 KV M-V in der Hauptsatzung geregelt werden. Dieser gesetzlichen Vorgabe kommt der Antrag nach.  
Bedenken gegen eine Änderung der Hauptsatzung in der vorgesehenen Form sind nicht erkennbar.

Roland Methling

